

**Information zur Verarbeitung Ihrer Daten
gemäß Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

**durch das Landratsamt Haßberge, Sachgebiet Öffentliche Sicherheit und Ordnung,
Namensänderungsbehörde**

1. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Zur Bearbeitung und Entscheidung über einen Antrag auf Namensänderung werden personenbezogene Daten erhoben. Die Verarbeitung dient ausschließlich zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben.

Auf dieser Grundlage werden Ihre Daten verarbeitet und daraus Urkunden und Bescheinigungen erstellt, Anfragen bei Behörden und anderen Stellen erstellt sowie Auskünfte erteilt. Hierfür werden die notwendigen technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen eingesetzt, um die personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugriff zu schützen.

Ihre Daten werden aufgrund von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit folgenden Vorschriften erhoben:

- Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
- Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
- Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
- Art. 4 und 5 des Bayerischen Datenschutzgesetzes

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Verarbeitung der Daten ist das Landratsamt Haßberge, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Am Herrenhof 1, 97437 Haßfurt, erreichbar unter der E-Mail-Adresse oeffentliche.sicherheit@hassberge.de bzw. den Telefon-Nrn. 09521 27190 (Herr Nembach) oder 09521 27196 (Herr Fuchs). FAX-Nr. 09521 27340.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Haßberge
Datenschutzbeauftragter des Landratsamtes Haßberge
Am Herrenhof 1
97437 Haßfurt

Telefon: 09521 270
FAX: 09521 27101
E-Mail: datenschutz@hassberge.de

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Übermittelt werden Ihre Daten, je nach Einzelfall, an:

Meldebehörden, Standesämter, Polizei, weitere Beteiligte an der Namensänderung, Zentrales Vollstreckungsportal, Jugendamt, Bundeszentralregister, Verkehrszentralregister, bei Wohnsitz im Ausland die zuständige konsularische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, das Standesamt I in Berlin, andere Namensänderungsbehörden, Aufsichtsbehörden, sonstige Behörden und Gerichte.

Übermittelt werden dürfen nur die im Einzelfall zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der empfangenden Stelle erforderlichen Daten.

5. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Herausgegeben werden dürfen die Daten der Namensänderungsbehörde an andere inländische und ausländische Behörden, andere Personen, Gerichte und ggf. konsularische Vertretungen anderer Länder nur, wenn dies durch deutsche Gesetze oder zwischenstaatliche Übereinkommen festgelegt oder erlaubt ist.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Akten über die Änderung von Vor- und Familiennamen sind 30 Jahre aufzubewahren und anschließend dem Bayer. Staatsarchiv zur Übernahme anzubieten. (Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter, Nr. 1160 und 1161 des Aufbewahrungsfristenverzeichnisses).

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO, §§ 46 – 48 PStG).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Ansprechpartner ist bei der Regierung von Unterfranken der Datenschutzbeauftragte, Peterplatz 9, 97070 Würzburg. Dieser ist unter der Telefon-Nr. 0931 380-1510 bzw. der E-Mail-Adresse datenschutz@reg-ufr.bayern.de zu erreichen.

Mit Fragen und Beschwerden können Sie sich auch an den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Wagnmüllerstraße 18, 80538 München, wenden. E-Mail-Adresse: poststelle@datenschutz-bayern.de

8. Pflicht zur Angabe der Daten

Ohne die geforderten Angaben ist die Bearbeitung Ihres Namensänderungsantrags nicht möglich.